Kritik

Die Stimme des Volkes

Herausgeber: Thies Christophersen, 2341 Kälberhagen Post Mohrkirch, Telefon (0 46 46) 888

MARTIN VOIGT

STAATSFEINDE
und
andere Deutsche

KRITIK NR. 31

VORWORT DES HERAUSGEBERS

Liebe Freunde!

Zweimal verlor unser Volk einen Krieg, und zweimal schenkte man uns „zum Lohn" oder zum Hohn eine „Demokratie". Wir sind beflissen bereit, einer wirklichen Demokratie zu dienen.

Ich aber sage es laut und deutlich, ohne mich dessen zu schämen: Ich bin kein Demokrat, wenn das „Demokratie" sein soll, was wir nach dem Kriege erlebten!

Wer diese Schrift aufmerksam liest – und begreift, der wird zu der gleichen Erkenntnis kommen. Dieser Staat ist böse, weil er dem Unrecht dient.

Martin Voigt sagt, was wir alle schon längst gefühlt und wohl auch gewußt haben: DIE VERFASSUNGSFEINDE SITZEN IN BONN!

Dort werden wir nicht von Deutschen regiert. Es sind die Handlanger und Schergen unserer Feinde.
Das Deutsche Reich besteht – trotz des Zusammenbruches von 1945. Das hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe am 31.7.1973 wiederum bestätigt. Somit ist eine Anerkennung der Teilung ein Verstoß gegen das Grundgesetz. Wie kann man von den Bürgern verlangen, daß sie sich an das Grundgesetz halten sollen, wenn die Politiker in Bonn es selbst anscheinend nicht nötig haben.

Es wird heute so gerne von den „rechtsradikalen Staatsfeinden" gesprochen. Martin Voigt dreht den Spieß um. Er zeigt uns, wo die Staatsfeinde wirklich sitzen, ... in Bonn auf den Regierungs- und Oppositionsbänken. Seine Schrift ist eine Anklage, sie macht den Leser sehr nachdenklich. Er kommt zu der wichtigen Erkenntnis, daß nicht die Gründung einer neuen Partei der einzige Ausweg sein könnte. Politische Macht gewinnt man durch politischen Einfluß. Es gibt Beispiele genug aus der Geschichte, daß nicht Parteien, sondern Bewegungen unter starken Persönlichkeiten eine Änderung herbeiführten.

Es wird ein nationales Erwachen kommen. Allmählich hat auch der Wohlstandsbürger begriffen, daß vieles am wirtschaftlichen Aufschwung nur Blendwerk war. Die Verbrüderungsparolen zur Völkerverständigung wurden von den „Kriechern" aufgegriffen und verkündigt. Sie glaubten durch Sühnezeichen an Ansehen zu gewinnen. Würdelosigkeit ist jedoch noch nie belohnt worden.
Liebe zu Volk und Vaterland und Treue zur Heimat werden immer geachtet.

Mit dieser Schrift von Martin Voigt ist die KRITIK-Schriftenreihe um ein besonders wertvolles Glied erweitert worden.

Thies Christophersen

Copyright by KRITIK-Verlag 2341 Mohrkirch
Druck: Refo-Druck, Witten

[redacted]

M A R T I N   V O I G T

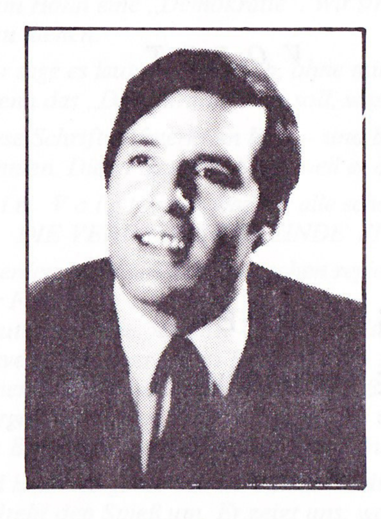
S T A A T S F E I N D E

UND ANDERE DEUTSCHE ....

EINE REDE, DIE MEHR IST : EIN AUFRUF AN SIE !

Aufgenommen auf einem Treffen der Unabhängigen Freundeskreise im Jahr 1974. Nachdruck, Abdruck und Verbreitung in jeder Form gestattet und erwünscht. Sichtexemplare erbeten. Alle Belege beim Verfasser:

Martin Voigt, 463 Bochum-Linden, Postfach 50100



MARTIN V O I G T, 36 Jahre, Berg-Ingenieur (grad.), geboren in Landsberg/Warthe, ist der Sprecher der UNABHÄNGIGEN FREUNDESKREISE.

Als solcher ist er verantwortlicher Herausgeber der UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN (UN).

Die Unabhängigen Freundeskreise bildeten sich in den letzten Jahren, als nach vielfältigen parteipolitischen Versuchen und Anläufen klar wurde, daß mit den bisherigen Mitteln der immer wieder verlorenen Wahlkämpfe volksbewußter Parteien auf diesem altgewohnten Wege im System unserer Tage kein politischer Einfluß auf die Entwicklung möglich ist. Diese Erkenntnis wird von Wahl zu Wahl nachdrücklich bestätigt.

Die Folgerung aus dieser Erkenntnis war, nicht eine neue Partei, nicht einen neuen Verband der „großen Sammlung" zu gründen, der zu den bestehenden in Konkurrenz treten würde.

In den Unabhängigen Freundeskreisen finden sich zunehmend alle diejenigen ohne Mitglieds- und Vereins-Engstirnigkeit zusammen, die in den unzähligen Gruppen und Kreisen für die Zukunft unseres Volkes zu arbeiten versuchen. Sie finden dort eine Gesinnungs-Gemeinschaft, in der die Arbeit des anderen geachtet und unterstützt wird, auch wenn die Schwerpunkte der Arbeit verschieden sind.

STAATSFEINDE UND ANDERE DEUTSCHE ....

Meine Damen und Herren !

Nach allem, was wir über Presse, Funk und Fernsehen erfahren,hat die Bundesregierung in den letzten Jahren mehr Gelder und mehr Energie zur Bekämpfung von ,,Verfassungs- und Staatsfeinden'' ausgegeben als jede Bundesregierung vorher.

Nach allem, was man so liest, haben sich also unter der Herrschaft der SPD die Verfassungs- und Staatsfeinde vermehrt und vervielfacht.

Dankbar und erfreut streichelt die SPD jeden, der unter dem Motto „Mehr Demokratie wagen !'' eine Bürgerinitiative zur Unterstützung der SPD gründet.
Wer sich solchem anschließt, wird zum ,,mündigen Bürger'' erklärt.
Wer allerdings eine ähnliche Bürgerinitiative zur Unterstützung der CDU gründet, wird im Weißbuch der SPD – herausgegeben am 20.1.1973 vom SPD-Parteivorstand an alle Parteigliederungen – eingeordnet unter den Hauptpunkten
Verleumdung – Diffamierung – Täuschung/Fälschung – Gerüchte.

Das Ganze läuft dann unter dem Titel ,,Dokumentation über die Werbekampagnen der CDU/CSU und der CDU/CSU-Hilfsorganisationen im Bundestagswahlkampf 1972''.

Daß die CDU/CSU auf der anderen Seite sich auch nicht zurückhält und in ihrem ,,Rotbuch'' mit ähnlicher Münze zurückzahlt, wissen Sie. Ich erwähne es nur, damit keiner auf den Gedanken komme, wir wollten die arme, unschuldige CDU verteidigen.

Man merke sich also, – das ist wichtig und festzuhalten –, s o beschimpfen sich die ,,staatstragenden, demokratischen'' Parteien untereinander und die Wähler und Wahlhelfer der jeweils anderen Seite gegeneinander.

Von Staats- oder Verfassungsfeinden ist hier noch nicht die Rede.

Der saarländische Rundfunk hat 5 Bundestagssitzungen unter die Lupe genommen und die saftigsten Kraftausdrücke, die sich die Herren dort im ,,Hohen Hause'' an den Kopf warfen, zusammengestellt.

Demnach sitzen – wie aus den Protokollen hervorgeht – im Parlament Feiglinge, miese Figuren, Schmutzfinken, Gnome, Gartenzwerge, Flegel und Schnösel.

Sie bezeichnen einander als Verleumder, Brandstifter, Brunnenvergifter, Scharfmacher, Volksverhetzer und Obernazis.

Das, was der Kollege von der jeweils anderen Partei vorträgt, wird als

letzter Dreck, kalter Kaffee, dummes Geschwätz oder verlogener Unsinn abqualifiziert.

Nochmals – das ist dabei immer zu betonen, hier war noch immer keine Rede von Staats- oder Verfassungsfeinden !

Die Leute, die sich so beschimpfen, sind unsere Aushängeschilder und haben für das Wohl und Wehe unseres Volkes einzustehen !

****

Nun gibt es aber – und Sie, die Sie hier im Saale sitzen, gehören wohl zu dieser schreckenerregenden Sorte von Menschen – eine ständig wachsende Anzahl von geistig und seelisch gesunden Normalverbrauchern – auch und besonders unter den heute 16 bis 18 jährigen Jungen und Blue-Jeans-Trägern in den Schulen –,

die das Falschspiel, die Heuchelei und die Unwahrhaftigkeit dieser sich selbst als miese Figuren und Schmutzfinken bezeichnenden ,,Volksvertreter'' satt haben.

Das sind ältere Menschen, die dieser nur selbstbezogene Parteien-Hick-Hack anwidert,und jüngere Leute, die Grund und Boden suchen, die einen Standpunkt suchen, Vorbilder und Ideale finden wollen.

Ob diese Jungen nun, von links beeinflußt, Marx und Vorbilder aus dem 19. Jahrhundert ausgraben, weil ihnen die Heutigen keine bieten, oder – so geschehen kürzlich in Düsseldorf – ein von typisch bundesdeutschen ,,Jugenderziehern'' veranstaltetes Filmseminar mit Filmen von Karl Ritter über die ,,verlogene Nazipropaganda'' stürmen und immer mehr Kameraden mitbringen, die sich nicht um das Geschwätz der Veranstalter kümmern, sondern sich mit leuchtenden Augen einen Kampfflieger-Film ansehen, so daß man in Düsseldorf von einer Fortführung des Seminars absehen will, –

ob die Unruhe also von unwissender, gefühlsbetonter Suche ausgeht oder – noch viel schlimmer wie hier bei uns – aus dem begründeten Wissen langjähriger Arbeit,

woher auch immer also die Überzeugung kommt, daß weder Bürgerinitiativen für die SPD noch Bürgerinitiativen für die CDU diesem unseren Volk nutzen können,

da klingeln in Bonn alle Alarmglocken.

Weder SPD noch CDU – da beginnen die Staats- und Verfassungsfeinde !

Da sind sie sich einig, die sich als Verleumder, Brunnenvergifter und Volksverhetzer bezeichnen !

Zwei Dinge gibt es in Bonn, über die man sich quer durch alle Bänke einig ist :

Über die nächste Diätenerhöhung und darüber, daß alle, die dieses ganze Spiel nicht mitspielen wollen, im höchsten Verdacht stehen, Staats- und Verfassungsfeinde zu sein .
Wir sind gegen diesen immerwährenden, schamlosen Griff in die Tasche des Steuerzahlers und Arbeiters, und wir sind nicht mehr bereit, dieses Spiel der Parteien SPD oder CDU und ihrer Hilfswilligen mitzumachen, und ich hoffe, daß wir uns da einig sind.

Sollen Sie uns als Feinde eines solchen Staates bezeichnen !

****

Nun hat dieser Vorwurf der Staats- und Verfassungsfeindlichkeit, mit dem die Herrschenden so leichtfertig herumwerfen, aber auch eine rechtliche Seite.

Staatsfeinde und andere Deutsche .....

So heißt mein Auftrag. Ich bin ein Angehöriger der „kritischen Generation", der 1946 eingeschult wurde und mit Unterbrechungen bis 1970 Schulen und Höhere Lehranstalten dieses demokratischen Staates besuchte.
Kritisch erzogen also, alles in Frage zu stellen.

Ich kann also nicht über Staats- und Verfassungsfeinde nach Bonner Muster herziehen, ohne ergründet zu haben, was und welcher Staat gemeint ist und was unter „Verfassung" zu verstehen ist.
Also lese ich nach an höchster Stelle :

> *„Das Deutsche Reich hat den Zusammenbruch 1945 überdauert und ist weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen; das ergibt sich aus der Präambel, aus Art. 16, Art. 23, Art. 116 und Artikel 146 des Grundgesetzes."*

Das hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, wie schon am 17.8.1956, so noch am 31.7.1973 festgestellt.
Ich frage Sie also, meine Damen und Herren, wer nun eigentlich ein Staatsfeind ist !?

Ist man ein Staatsfeind, wenn man – je länger sie andauern ! – ein Feind der Bundesrepublik Deutschland, des Provisoriums und der Verfestigung und Verewigung dieses Teilstaates ist ?

Nein, – derjenige, der diese Bundesrepublik als ein schon viel zu lange existierendes Provisorium gerade noch erduldet, der ist ein Staats-

f r e u n d, denn er ist ein Freund des Deutschen Reiches, das nach Bundesverfassungsgerichtsurteil existiert !

Es herrscht eine totale Begriffsverwirrung in diesem Lande !

Für uns ist der ein Staatsfeind – und viele von diesen Leuten sitzen heute an den Schalthebeln der Macht, – der für die Endgültigkeit dieser Bundesrepublik arbeitet und damit ein Feind des Deutschen Reiches ist !

Wir, die wir hier versammelt sind, sollten uns nicht ducken und verunsichern lassen, es wird Zeit, daß wir offen und voll im Sinne von Recht und Gesetz zum Angriff übergehen !

Wer diesen von den Siegern von vorgestern geschaffenen Staatsteil verewigen will und zum Begriff „Deutschland" machen will, der ist ein Feind des Deutschen Reiches und damit ein Staatsfeind !

Wer die Spaltung des Deutschen Reiches festigen will, indem er den einen oder den anderen Teil in gegnerische Machtblöcke „integriert", also einschmilzt, d e r ist ein Staatsfeind !

Und wer das 25-jährige Bestehen dieser Bundesrepublik in der Hoffnung feiert, auch noch das 50-jährige Bestehen feiern zu können, der ist nicht nur ein Staatsfeind, sondern auch ein Verfassungsfeind, wenn er das Grundgesetz der Bundesrepublik als seine Verfassung ansieht,
denn dieses Grundgesetz fordert ihn auf, alles zu tun, daß diese Übergangszeit, dieses Provisorium so schnell wie möglich sein Ende finde !

****

Hier müssen wir einhaken, meine Freunde ! Hier muß jeder in seinen Vereinen, Kreisen, Gruppen und Parteien, in denen er den „Mann auf der Straße" erreichen kann, die Begriffsverwirrung der Feinde des deutschen Volkes auseinandernehmen :

Jeweils am 23. Mai feiern die Verführer und die Verführten um uns herum das -zig jährige Bestehen der deutschen Spaltung !

Das muß man sich überlegen !

Welcher normale Mensch würde den Tag feiern, an dem ihm vor 25 Jahren beide Beine abgenommen wurden !,

Welcher Kranke würde den Jahrestag seiner Leiden feiern und womöglich noch hoffen, daß er diese Krankheit in 25 Jahren immer noch habe !?

Halten wir also fest, meine Damen und Herren, und gehen wir morgen zuhause an die Arbeit, den Staats- und Verfassungsfeinden, die sich so offenbaren, das Handwerk zu legen !

Die Bundesrepublik Deutschland ist das von den Siegern geschaffene Provisorium, in dem wir leben und dessen Gesetze wir anerkennen müssen.

Sie ist jedoch weder Deutschland noch unser Vaterland ! Sie zu überwinden, ist weder verfassungsfeindlich noch staatsgefährdend, sondern Auftrag des Grundgesetzes !

****

Staatsfeinde und andere Deutsche .....
Beispiele dafür, wo man nach Staats- und Verfassungsfeinden suchen sollte, könnten wir Ihnen zu Dutzenden nennen. Nehmen wir einige Beispiele heraus.

In der deutschsprachigen Zeitschrift ,,DIE BRÜCKE'', herausgegeben von der Vereinigung ,,Friends of Germany'' in Chikago, USA, erschien kürzlich eine Abhandlung, die ich Ihnen im Wortlaut vorlesen muß :

,,Aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ergibt sich die folgende Rechtslage, die für alle deutschen Staatsbürger verbindlich ist:

1. Das Deutsche Reich ist der rechtmäßige Staat aller Deutschen, die in dem Gebiet des Deutschen Reiches wohnhaft sind.

2. Das Staatsgebiet des Deutschen Reiches umfaßt alle Provinzen, welche bei Ende des 2. Weltkrieges verwaltungsmäßig zum Deutschen Reich gehörten. Die Alliierten haben diesen Staat noch am 8.Mai 1945 anerkannt, indem sie mit Vertretern der deutschen Reichsregierung den Waffenstillstandsvertrag abschlossen.

3. Die rechtmäßige Regierung des Deutschen Reiches ist das Kabinett von Reichspräsident Großadmiral Karl Dönitz, welches seit dem 23.Mai 1945 von den Alliierten an der Ausübung seiner Geschäfte behindert wird.

4. Die Regierungen und Administrationen, welche seit dem 23. Mai 1945 das Staatsgebiet des Deutschen Reiches verwalten, unterliegen der Sorgfaltspflicht zur Erhaltung des Deutschen Reiches. Sie sind Behörden provisorischen Charakters, deren Funktionen bei Wiedererlangung der deutschen Staatshoheit und der Wiedervereinigung des Deutschen Reiches erlöschen werden. Soweit sie von Angehörigen der Besatzungsmächte unterhalten werden, sind sie als Besatzungsregime anzusehen. Bürger des Deutschen Reiches, welche sich an diesen Besatzungsregimen beteiligen, vergehen sich gegen die Bestimmungen über Hoch- und Landesverrat des Deutschen Strafgesetzbuches (Stand 1944, Paragraphen 80 ff.), welche auch heute noch Geltung besitzen !

5. Provisorische Regierungen auf deutschem Reichsgebiet, welche deutsches Reichsrecht in Anspruch nehmen, sind dadurch zur Er-

haltung des Deutschen Reiches in seiner Rechtsperson (Volk, Staat und Regierung) verpflichtet. Handlungen, welche diese Erhaltungspflicht verletzen, müssen als Vergehen gegen die Hoch- und Landesverratsbestimmungen des deutschen Strafgesetzbuches angesehen werden. Die Bestimmungen des deutschen Reichsrechtes, welche der Erhaltung des deutschen Staates dienen, bilden somit die Rechtsgrundlage für die Tätigkeit aller provisorischen deutschen Regierungen und können nicht rechtmäßig von diesen abgeändert werden.
Im Gegenteil, Verwaltung und politische Tätigkeit haben sich diesem Rahmen einzufügen.
6. Es ist die oberste Pflicht eines jeden Deutschen, sein Bestes zu tun für die Wiederherstellung der deutschen Staatshoheit und die Wiedervereinigung des Deutschen Reiches. Dieser Pflicht kann sich kein Deutscher entziehen !
Kein Deutscher hat das Recht, die Erreichung dieser grundsätzlichen Ziele der deutschen Nation in Wort oder Tat zu behindern, noch irgendwelche Verfügungen über das deutsche Staatsgebiet zu treffen. Das betrifft insbesondere die Formel von den „Grenzen von 1937", welche dem deutschen Volk nach Ende des Krieges widerrechtlich angemaßt wurde. Der deutsche Anspruch auf Einigkeit und Freiheit entspricht den Naturrechten aller Völker der Erde, und Fragen des deutschen Staatsgebietes können allein von der Regierung aller Deutschen, d e r deutschen Reichsregierung, verhandelt und entschieden werden.
W i r A m e r i k a n e r d e u t s c h e r A b s t a m m u n g unterliegen zwar nicht den rechtlichen Pflichten der deutschen Staatsbürger, haben aber dennoch die moralische Verpflichtung, die Bestrebungen unserer deutschen Brüder nach Kräften zu unterstützen, so, wie das andere Nationen auch halten. Und deshalb richten wir diesen dringenden Ruf an alle Menschen deutschen Gewissens:
H e l f t m i t, das Reich zu befreien und endlich Frieden zu machen !
Laßt das Jahr 1974 zu einem Jahr der deutschen Besinnung werden !"

Solches flattert uns aus Amerika auf den Tisch. Ich habe den Eindruck, manch einer hier in der Bundesrepublik muß das als eine Ohrfeige empfinden !
Wo liegt nun das Recht ? Wo die Verfassungstreue ? Wo die Staatsgefährdung ?

****

Am 18. September 1973 wurden zwei angeblich „souveräne" Staaten, die „Bundesrepublik Deutschland" und die „Deutsche Demokratische Republik", in die UNO aufgenommen. Was ist diese UNO ?

Sie wurde gegründet während des 2. Weltkrieges als eine Allianz gegen das Deutsche Reich und seine Verbündeten. Dieser grundsätzliche Sinn und Zweck der UNO wurde ausdrücklich in zwei Artikeln der UNO-Verfassung festgelegt.

Die bekannten und berüchtigten Artikel 53 und 107 sehen vor, daß die Mitgliedstaaten der UNO jederzeit, ohne Vereinbarung mit den anderen, also auf eigene Faust und mit allen militärischen Mitteln gegen ihre ehemaligen Kriegsgegner vorgehen können, wenn es diesen einfallen sollte, sich gegen die Nachkriegsregelungen der Alliierten aufzulehnen.

Man sollte nun annehmen können, daß die UNO diese zwei gegen das Deutsche Reich gerichtete Artikel taktvollerweise mit der Aufnahme der BRD und der DDR abgeschafft habe.

Das aber hat die UNO n i c h t getan !

Nun könnte man sagen, das habe die UNO wohl einfach übersehen und vergessen, wo sie zu jeder Tag- und Nachtstunde tagen muß, um Krisen, Kriege, Mord und Totschlag zu verurteilen, – obwohl doch nach 1945 das Zeitalter des ewigen Friedens anbrechen sollte .... !

Aber nichts dergleichen ! die BRD und die DDR haben die Artikel 53 und 107 ausdrücklich anerkannt, ehe sie in die UNO aufgenommen wurden !

Nun muß man sich also einige Fragen stellen :

Die BRD und die DDR haben sich in Anerkennung der UNO-Verfassung offen und eindeutig auf die Seite der UNO-Alliierten gestellt, gegen das deutsche Volk und seinen rechtmäßigen und nicht untergegangenen Staat, – siehe Bundesverfassungsgericht –, das Deutsche Reich.

Haben sie damit die Rechtmäßigkeit anerkannt und selbst die Verpflichtung übernommen, jeden Versuch zur Befreiung und Wiedervereinigung Deutschlands mit Waffengewalt zu unterdrücken ?

Diese Handlungsweise würde nach gültigem deutschen Recht – siehe § 80 Strafgesetzbuch – Hoch- und Landesverrat darstellen, da der Kriegszustand zwischen den Staaten der UNO und dem Deutschen Reich immer noch besteht.

Danach wäre jeder Deutsche, der sich an UNO-Regimen in Deutschland beteiligt, Hoch- und Landesverräter.

Und jeder teildeutsche Soldat, der die Waffe hebt gegen Angehörige der UNO-Mächte, ein Partisan, der ohne Federlesens erschossen werden kann.

Ist nun der, der solche Fragen stellt, ein Staatsfeind, oder diejenigen, die unser Volk in solche Verstrickungen hineinmanöverieren und großartige Reden über Frieden und Sicherheit halten ?

Die folgenden Sätze sind die wichtigsten Abschnitte dieser UNO-Artikel:

„Nichts in diesem Pakte soll die Vereinten Nationen berechtigen, in Angelegenheiten einzugreifen, die im wesentlichen der innerstaatlichen Zuständigkeit irgendeines Staates vorbehalten sind. Dieser Grundsatz soll aber nicht die Anwendung von Durchsetzungsmaßnahmen gemäß Artikel 53 beeinträchtigen."

Also klar und deutlich :

Die Mitgliedstaaten der UNO haben sich nicht in innere Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen. Wenn es aber gegen Deutschland geht, sind alle „Durchsetzungsmaßnahmen" – welch vornehmes Wort ! – gestattet. Das geht aus folgendem Absatz hervor:

„Der im Absatz 1 dieses Artikels gebrauchte Ausdruck 'feindlicher Staat' bezieht sich auf jeden Staat, der während des Zweiten Weltkrieges ein Feind irgendeines Signatars dieses Paktes war."

Der Artikel 107 faßt noch einmal zusammen :

„Nichts in dem gegenwärtigen Pakte soll Maßnahmen bezüglich irgendeines Staates ungültig machen oder ausschließen, der während des Zweiten Weltkrieges ein Feind irgendeines Signatars dieses Paktes war, wenn diese Maßnahmen als Ergebnis dieses Krieges von den Regierungen getroffen oder gestattet wurden, die für solche Maßnahmen die Verantwortung tragen."

Das ist die Lage, meine Damen und Herren :

1. Das Deutsche Reich existiert, so das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes 1973.

2. Gegen das Deutsche Reich als 'feindlicher Staat' können die Vereinten Nationen jede beliebige „Durchsetzungsmaßnahme" durchführen.

3. Die Bundesrepublik ist Mitglied dieser Vereinten Nationen und wird sich an solchen „Durchsetzungsmaßnahmen" gegen das Deutsche Reich beteiligen und beteiligen müssen, denn sie hat diese Artikel ja anerkannt.

Ich bin kein Rechtsgelehrter, meine Damen und Herren, und kein Professor der Staatswissenschaften. Ich weiß nur eines :

Wo die Staatsfeinde sitzen, das wird in naher oder fernerer Zukunft festgestellt werden. Wo die Feinde des deutschen Volkes sitzen, das wissen wir heute schon !

Die Sowjetunion hat in einer Erklärung am 21.11.1967 ganz eindeutig festgestellt, was für sie nach wie vor gilt :

> *„Der Regierung der BRD ist zweifellos wohlbekannt, daß die Pflichten der BRD, wie auch die Rechte und Pflichten der Sowjetunion und der anderen Staaten der Antihitler-Koalition, die sich aus dem Potsdamer Abkommen ergeben, bis zum Abschluß eines deutschen Friedensvertrages volle Gültigkeit haben.*
> *Die Bestimmungen der UNO-Charta über Zwangsmaßnahmen 'im Falle einer erneuten Aggressionspolitik' behalten voll und ganz ihre Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland."*

Was die Sowjetunion als „Aggressionspolitik" empfindet, wenn es ihr in den Kram passt, können Sie sich ausmalen !

Sie sollten dabei aber nicht in den Fehler verfallen, meine Damen und Herren, schutzsuchend nach der anderen Seite, nach dem „besseren Herrn" zu schielen !

Kürzlich ging es in der UNO um die weltumspannende wirtschaftliche und damit politische Macht der internationalen Konzerne :

Während 86 Staaten das Recht der Nationalstaaten bestätigten, ausländische Monopol-Unternehmen auf ihrem Staatsgebiet verstaatlichen zu können, gehörte die Bundesrepublik zu den 11 Nein-Sagern ! Hier können also die Konzern-Riesen unserer Freunde und Verbündeten die Kleinindustrie kaputtmachen, die Mittelindustrie aufkaufen und im Monopol machen, was sie wollen, –
die Bundesregierung erklärt feierlich, daß sie dagegen nichts einzuwenden hätte !

Unsere Volksvertreter verneinen vor der UNO ihr Recht, im Namen und zum Wohl des Volkes ausländische Unternehmen verstaatlichen zu dürfen, wenn es notwendig werden sollte, –
haben diese Volksvertreter schon einmal das Grundgesetz gelesen ..... ?

> *„Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig..."*
> *„Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden." (Art. 14,15).*

Doch diese Bundesregierungen – ob nun von der SPD oder von der CDU gestellt – handeln im Grunde folgerichtig.

Denn so, wie sich die Sowjets den Fall heraussuchen werden, den sie als „Aggressionspolitik" zum Anlaß nehmen, so würden eine nationale Wirt-

schaftspolitik, eine Abkehr vom Zinswucher oder Ähnliches, was das internationale Kapital stören würde, sehr schnell das „Ergebnis des Krieges" gefährden oder die Sicherheit der Besatzungstruppen bedrohen .... !

Wer von den Parteien in Bonn sich gegen den Vorwurf wehren will, ein Feind des deutschen Volkes zu sein, der muß dann aber offen und frei zugeben, daß er ohnmächtig ist ! Damit unser Volk dieses endlich begreift !
Das ist unser Vorwurf ! Sie lügen von einer „Souveränität", wo nichts ist, nichts als Erfüllung der Teilungspolitik der Kriegsgegner !

Lassen Sie mich mit diesem Kapitel zum Schluß kommen : Ich habe mir einen Merksatz gegeben, den Sie auch mitnehmen sollten. Diesen Satz dürfen Sie nicht vergessen, bei allem, was Ihnen auf den Tisch kommt, bei allen Überlegungen, was im Einzelnen und in der Tagesarbeit zu tun sei und möglich ist :

Vor jeder Planung – bei jedem Gedanken –
– vor jeder Tat – bei jedem Urteil –
– bei allem, was Du nimmst zur Hand –
Sei Dir bewußt: Du lebst in voll besetztem Land !

***

Mag es mit dem Deutschen Reich und allen diesen Fragen also sein,wie es wolle: Wir sind Bürger der Bundesrepublik und müssen uns nach dem Grundgesetz dieser Bundesrepublik richten.

Die feierlichen Reden aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens sind ein Grund, darauf hinzuweisen, was dieses Grundgesetz überhaupt ist. In seiner Präambel heißt es :

> ***„Um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, hat das deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen."***

Wir müssen feststellen, daß dieser Wortlaut der Präambel mit der geschichtlichen Wirklichkeit und Wahrheit überhaupt nicht übereinstimmt ! Die Aussage der Präambel ist schlichtweg falsch.

Das Grundgesetz wurde am 8. Mai 1949 nicht etwa vom „deutschen Volk", sondern vom sogenannten „Parlamentarischen Rat" beschlossen. Dieser „Parlamentarische Rat" hatte jedoch einen höchst undemokratischen Schönheitsfehler :
Er hatte mit dem deutschen Volk nichts, aber auch gar nichts, zu tun.

Er war überhaupt aus keiner Wahl hervorgegangen. Die Zugehörigkeit zu diesem selbsternannten „Parlamentarischen Rat" war an die Zustimmung der alliierten Besatzungsmacht gebunden.
Hier wird eine Versammlung von Parteifunktionären, die von der Besatzungsmacht zu ihrer Arbeit „lizensiert" worden waren, mit dem „deutschen Volk" gleichgesetzt, das über diese „Verfassung" noch nicht einmal abstimmen durfte, obwohl doch angeblich – siehe Artikel 20/1 des Grundgesetzes – alle Staatsgewalt vom Volke ausgehen sollte!

Aber selbst wenn dem so ist: es ist nun einmal die hier gültige Rechtsgrundlage, und wir müssen uns nach ihm richten.

Und wenn man sich nun mit diesem Grundgesetz beschäftigt, kommt dabei heraus, daß nicht wir uns fürchten müssen, als „Verfassungsfeinde" kassiert zu werden, sondern daß wir angreifen müssen, daß w i r das Grundgesetz „unter dem Arm" tragen müssen, weil uns die Staats- und Verfassungsfeinde täglich begegnen!

Ein Beispiel:

Täglich, wöchentlich lesen wir von den „EUROPA"-Träumen unserer Politiker. Während die anderen, Frankreich, England, Italien nicht im Traum daran denken, ihre Nationalstaatlichkeit aufzugeben, machen unsere Politiker in Ersatzbefriedigung. Wo andere – völlig verständlich und aus deren Sicht zu akzeptieren, ihre nationalen und wirtschaftlichen Vorteile suchen, will man uns hier eine „Europäische Union" vorgaukeln, die selbstverständlich an der Elbe aufhört.

Bundeskanzler a.D. Willi Brandt, der nun hoffentlich bald endgültig nach Norwegen übersiedeln wird, hat kurz vor seinem Abgang auf einer Rede vor dem Europa-Parlament in Straßburg einen Satz gesagt, über den wir einmal sehr gründlich nachdenken sollten:

> ***„Die Bundesrepublik Deutschland hat, nach allem, was ich zu erkennen vermag, die „Europäische Union" als ihre bleibende Heimat gewählt."***

Danach haben wir eine Heimat, die gar nicht existiert. Denn selbst die größten Kommunisten von links oder die Erzgaullisten rechts in Frankreich z.B. sprechen höchstens von einem „Europa der Vaterländer".

Eine „Europäische Union" gibt es nicht! Das haben unsere haltlosen Teilstaatpolitiker auf der Suche nach einem neuen „Vaterland", einer neuen „Heimat" scheinbar aus den Augen verloren!
Unsere bleibende Heimat ...! Was sagt das Grundgesetz dazu? Und was sagt das Bundesverfassungsgericht?

Den folgenden Absatz des Urteils aus dem Jahr 1973 müßten Sie auswendig lernen, meine Damen und Herren !

Dieses Urteil und darunter gesetzt ganz nüchtern und sachlich das, was unsere „staatstragenden" Parteien, Presse und Funk alles so verbreiten, das klärt die Frage nach den Staats- und Verfassungsfeinden mehr, als irgendwelche Beschimpfungen und Verdächtigungen !

Seite 20 des Urteils vom 31. Juli 1973 :

> *„Aus dem Wiedervereinigungsgebot folgt zunächst: Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben,*
> *alle Verfassungsorgane sind verpflichtet, auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken.*
> *Das schließt die Forderung ein, den Wiedervereinigungsanspruch im Innern wach zu halten und nach außen beharrlich zu vertreten — und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde."*

Hiernach steht eindeutig fest, was derjenige ist, der von einer „bleibenden Heimat" spricht, die an der Elbe endet !

****

Der verstorbene französische Staatspräsident Pompidou erklärte dem westdeutschen Bundeskanzler beim Staatsbesuch in Paris, er könne sich die Wiederherstellung der deutschen Einheit nur vorstellen, wenn die Bundesrepublik aus der NATO und aus der EWG und die DDR aus dem Warschauer Pakt und aus dem COMECON austreten würden.
Wenn diese Beurteilung des französischen Staatspräsidenten richtig ist,

dann ist alle Politik der SPD-Regierungen genau so staats- und verfassungsfeindlich wie die Politik der CDU-Opposition !

Aber bleiben wir noch beim Bundeskanzler a.D., der ja immerhin noch der Parteivorsitzende der mitgliederstärksten Partei in der BRD ist:

Nach 1945, meine Damen und Herren, hat man Ihnen und den Vätern der Jüngeren unter uns den Vorwurf gemacht, sie hätten Hitler gewählt, obwohl dieser Hitler in seinen Jugend- und Mannesjahren in seinem Buch „Mein Kampf" klar und deutlich ausgesprochen habe, was er später als Reichskanzler verwirklicht habe. Man habe also rechtzeitig Widerstand leisten müssen.

Also müssen wir Jüngeren zur Kenntnis nehmen, was dieser Herr Brandt unter diesem oder anderem Namen früher gesagt und geschrieben hat und können das nicht als „Jugendsünden" oder längst überholte Vergan-

genheit vergessen. Einer seiner vielen Aufrufe aus der Emigrantenzeit :

„Als Schüler von Marx und Lenin wissen wir, daß es zum siegreichen Kampf der Arbeiterklasse einer zielbewußten und revolutionären Partei bedarf.
Das Ziel dieser Arbeit ist es, in Deutschland eine wahrhaft kommunistische Partei und in der Welt eine wahrhaft kommunistische Internationale zu schaffen."

Erinnern Sie sich an die „freiheitlich demokratische Grundordnung", von der soviel die Rede ist ?
Keiner soll sagen, der Brandt wäre ja nun geläutert ! 1968, vor 6 Jahren also, schrieb er :

„In meiner Arbeit als Außenminister konnte ich an das anknüpfen, was ich in den vergangenen Jahren gedacht und gesagt hatte —
als junger Mann im skandinavischen Exil, als Regierender Bürgermeister von Berlin, als Vorsitzender der SPD."

Am 9. September 1971, als er den Friedens-Nobelpreis erhalten hatte, sagte er nochmals :

„Ich glaube, meine grundlegenden Überzeugungen haben sich nicht geändert."

Wenn Brandt seinen Überzeugungen also treu geblieben ist, dann können wir uns ausmalen, wo unsere vielgelobte „freiheitlich-demokratische Grundordnung" einmal enden wird, wenn wir solchen Leuten nicht hart und kompromißlos unseren Widerstand entgegensetzen.
Und wenn ich nun an Adenauer und Strauß erinnere, meine Freunde, daß man bereit wäre, die Wiedervereinigung Deutschlands der westeuropäischen Integration zu opfern — Sie kennen alle die berüchtigten Zitate —, dann wissen Sie, warum wir so kompromißlos wiederholen :

Weder SPD n o c h CDU !

****

Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Prof. Carstens, sagte vor kurzem :

„Die Neutralisierung Deutschlands ist selbst dann unannehmbar, wenn dafür die Wiedervereinigung zu haben wäre."

Nehmen wir für das Fremdwort „Neutralisierung" das deutsche Wort „Unabhängigkeit", dann sagte dieser führende CDU-Mann nichts an-

deres, als daß für die CDU ein unabhängiges, wiedervereinigtes Deutschland unannehmbar sei !

Wenn wir einen wirklichen Verfassungsschutz hätten, müßte er sich mit diesen Leuten einmal befassen !

Staats- und Verfassungsfeinde gibt es auch im Kleinen, überall wo wir hinsehen.
Im Unterrichtsbuch für Gemeinschaftskunde an den Schulen, verfaßt von Herbert Baumann und im Stam-Verlag erschienen, heißt es unter anderem:

„Die CDU/CSU sind christliche Parteien ....
die SPD ist eine sozialistische Partei ....
die FDP ist eine liberale Partei.
Nationales Denken ist ein Hemniß auf dem Weg zur Einigung Europas und deshalb nicht mehr zeitgemäß.
In der Bundesrepublik ist die NPD eine nationale Partei."

Man mag zu der NPD stehen, wie man will, – wenn es so wäre, daß die NPD die einzig nationale Partei ist, dann ist sie die einzige Partei, die auf dem Boden des Grundgesetzes steht und den Auftrag des Bundesverfassungsgerichts-Urteils erfüllt,
und um die betreffenden Schulbuchschreiber sollte sich der Verfassungsschutz kümmern !

****

Ein letztes Beispiel, meine Damen und Herren :

Sie alle kennen den Deutschen Gewerkschaftsbund, einen der größten Wirtschaftskonzerne in der Bundesrepublik. Sie kennen auch alle die Reden, wie „staatstragend" dieser DGB ist und wie er sich zum Gralshüter der Demokratie und des Rechtstaates aufspielt.

Das Beispiel, das ich Ihnen jetzt vorlegen will, hat mit „Deutschland" und der „großen Politik" nichts zu tun.

Es zeigt aber, in welchen Lebensbereichen überall wir aufgerufen sind, das Grundgesetz zu verteidigen, wenn wir es als unsere – im Augenblick zu befolgende – „Verfassung" ansehen.

In Ablichtung ein Schreiben der DGB-Gewerkschaft IG Bergbau und Energie, Hauptverwaltung,an alle Betriebsratsvorsitzenden :

IG Bergbau und Energie

IGBE Hauptverwaltung 463 Bochum Alte Hattinger Str. 19 Postf. 1229

An die
Betriebsratsvorsitzenden, deren Stellvertreter und Vorsitzenden von Gewerkschaftsausschüssen

Hauptverwaltung
463 Bochum
Alte Hattinger Straße 19
Postfach 1229
Telefon: Sa.-Nr. 3191 Zentrale
Durchwahl: 319-
Fernschreiber
ig bergbau boch 08-25839

Ihr Zeichen – Ihre Nachricht vom – Unser Zeichen HA-B Wi/Kr Tag 19. Dezember 1973

Betrifft

Einladung

Liebe Kollegen!

Zu einer Konferenz mit Vertretern von Listenbetrieben laden wir hiermit recht herzlich ein. Sie findet statt

am Freitag, dem 25. Januar 1974, um 10 Uhr
(gr. Sitzungssaal IGBE Hauptverwaltung, Bochum, Alte Hattinger Str. 19)

Die Konferenz dient dem Erfahrungsaustausch. Wir erbitten aus jedem Betrieb einen Bericht über die bisher durchgeführten und noch geplanten Massnahmen zur Ausschaltung von gegnerischen Betriebsräten und zur Verhinderung von künftigen Fremdlisten. Wir werden unsererseits über den Stand der gerichtlichen Auseinandersetzung mit dem DAV und der CGBCE (Christliche Gewerkschaft Bergbau - Chemie - Energie) berichten.

Mit freundlichen Grüssen

Hans Alker

***

Hier ruft der Hauptvorstand einer DGB-Gewerkschaft zur „Ausschaltung" nicht oder in anderen Gewerkschaften organisierter Betriebsräte auf. Nicht zum Wettbewerb ruft er auf, sondern dazu, zu verhindern, daß andere, nicht DGB-hörige Gewerkschaften überhaupt Listen aufstellen, das heißt sich zur Wahl stellen können !

Und wieder müssen wir das Grundgesetz zur Hand nehmen. In Artikel 9, Absatz 3, heißt es :

„Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet.
Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern

suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig."

Je mehr ich mich mit dem Thema beschäftigt habe,meine Freunde, bin ich zu der Überzeugung gekommen :

Wir sind es, die einen Verfassungsschutz aufbauen müssen !

****

Wir sind ein im Innern und von außen besetztes Land und ein gefangenes Volk. Drüben sind es eiserne Ketten – hier sind sie leicht vergoldet.
Es erhebt sich sogar die Frage, ob das System drüben nicht ehrlicher ist. Hier wird die Masse der Bevölkerung in dem Irrglauben gehalten, sie sei frei.
Und weil das so raffiniert angelegt ist, erhalten die Bonner Parteien 96 % aller Stimmen !

Einer der in den letzten Jahren bekanntesten Deutschen hat einmal gesagt, warum man einem Volk solche Besetzung besser verheimlicht :

„Die Okkupation (– also die Besetzung) *ruft ein Erwachen der nationalen Leidenschaften hervor und eine Brutalisierung der Gemüter,*
die den Grund für den Übergang der großen Massen von der waffenlosen Opposition zum Aufruhr bilden können. ...
Die Not eines ganzen Volkes kann es zu einem Unternehmen zwingen, das vielleicht nicht ganz mit gewissen völkerrechtlichen Regeln übereinstimmt."

Wir hoffen, Herr Brandt – denn von ihm stammt das Zitat ! – , daß es dazu in Deutschland nicht erst kommen muß !

****

Staats- und Verfassungsfeinde sind, wie wir gesehen haben, in dieser Bundesrepublik von einigen Seiten her im Vormarsch und an der Macht.
Die gefährlichsten sind nicht jugendliche Utopisten in ihrem idealistischen Drang nach Gerechtigkeit, die die Menschen verändern wollen, – das alles schleift sich ab.

Die gefährlichsten sitzen da, wo die Macht ist, wo man daran bastelt, das Grundgesetz der Bundesrepublik zugunsten einer endgültigen Staatsverfassung umzubiegen !

Wir können die Herrschenden, die entgegen dem ausdrücklichen Willen des Grundgesetzes dieses westdeutsche Teilstaat-Provisorium zu einem endgül-

tigen „Deutschland" umfunktionieren wollen, mit den alten, konventionellen, eingefahrenen Mitteln nicht aus dem Sattel heben. Was ist alles schon versucht worden !

Das Nichteingestehenwollen dieser Tatsache ist der Fehler aller entsprechenden Versuche und Parteien bisher.

Die Erkenntnis daraus kann nur sein :

1. Heute, morgen, in dieser Lage keine neue Partei zu gründen. Fünfundzwanzig gibt es, und die 26. wurde vor einigen Tagen gegründet. Sie sind nichts als ein Alibi für die Strippenzieher im Hintergrund !
2. Vor der politischen Macht, die in der Zukunft steht, die wir erringen wollen, steht der politische Einfluß !

Politischer Einfluß und politische Macht sind zwei völlig verschiedene Dinge !

Hatte das armselige, kleine Preußen politische Macht am Anfang ? Sein geistiger Einfluß bewegte Europa und wirkt noch heute in uns, sonst wären einige von uns nicht hier !

Hatte Ghandi in Indien politische Macht, als er begann ? Der geistige Einfluß seiner Bewegung zwang eine damalige Weltmacht in die Knie !

Unsere Aufgabe ist es in dieser Lage, mit der scharfen Waffe des Grundgesetzes gegen die Macht der Teilstaatler, also der Staatsfeinde, den geistigen Einfluß, den Widerstand der Deutschen zu wecken.

Unsere Möglichkeit dazu ist allein die psychologische Kriegsführung, die politische, persönliche, praktische und gewaltlose Guerilla-Tätigkeit jedes Einzelnen von uns.

Unser Haben ist nur eines : Der unerschütterliche Glaube an den Sieg über die Nachläufer und Vollstrecker der Sieger von vorgestern !

2000 Jahre lang hat ein beispielloses Volk diesen Glauben wachgehalten, heute ist seine politische Macht unabsehbar. Über ein Jahrhundert hat ein anderes Volk diesen Glauben genährt, und heute steht es mitten in deutschem Land !

Unser Kampf in dieser Startlage gilt deshalb nicht nur den erkannten Staats- und Verfassungsfeinden, unser Kampf geht um die Herzen und Hände aller Deutschen um uns herum, die die Schulter zucken und sagen: „ ... es ist ja doch nichts mehr zu ändern !"

Sie aufzurichten, den Glauben einzupflanzen, die Sicherheit einzubrennen, daß dieser Krug nur so lange zu Wasser geht, bis er bricht, das ist unsere

Aufgabe !
Es sind nicht 5 Prozent, die uns eines Tages gehören werden, es ist die Mehrheit unseres Volkes !

Gehen Sie in dieser Gewißheit an die Arbeit, packen Sie den an der Krawatte, der doch eigentlich zu uns gehört und in seiner Hoffnungslosigkeit nur schadet !

Leben Sie in Ihrem Kreis die Gewißheit vor, daß wir, die anderen Deutschen,
die Staats- und Verfassungsfeinde von gestern und heute überwinden werden !

Ich habe nur ein Vaterland,
das heißt Deutschland.
Und da ich nach alter Verfassung nur ihm
und keinem besonderen Teil desselben angehöre,
so bin ich auch nur ihm und nicht einem Teil desselben
von ganzem Herzen ergeben .

Ich danke Ihnen.

****

Aus unserem Verlag

DIE BAUERNSCHAFT

Für Recht und Gerechtigkeit

Vierteljahreszeitschrift für Freunde und Förderer des Bauernstandes. Die Zeitschrift befaßt sich neben Agrarpolitik zur Hauptsache mit kulturellen, gesellschaftspolitischen, Ernährungs- und Gesundheitsfragen.

Jährlich 10,– DM

KRITIK

Die Stimme des Volkes

Nullnummer: Zuschriften an das Fernsehen sowie Stellungnahmen von Personen aus Politik, Wirtschaft und Kultur 2,– DM

Folge 21 Zuschriften aus der Bevölkerung zu der »Mistdemonstration« vor der Dokumenta in Kassel 2,– DM

Folge 23 **Die Auschwitz-Lüge.** Ein Erlebnisbericht als Gegendarstellung mit einem Vorwort von Rechtsanwalt M. Roeder und vielen Zuschriften aus dem Volke 5,50 DM
Auch als Kurzausgabe, ohne Vorwort und Leserzuschriften für Stück 2,– DM und bei Abnahme von 10 Stück 1,– DM

Folge 25 **Plattdeutsche Geschichten aus der Bauernschaft.**
Geschichten mit politischem Hintergrund und zeitkritischer Aussage. Eine Pointe fehlt nie. Immer gelingt es dem Erzähler, die Lacher auf seine Seite zu bekommen. 2. Auflage, reich illustriert von Prof. Wilhelm Petersen, Elmshorn.

64 Seiten, 6.– DM

Folge 27 (Neu) **Der Auschwitz-Betrug.** Das Echo auf die **Auschwitz-Lüge.** Rechtsanwalt Roeder verteidigt das deutsche Volk. Die Lüge von den 6 Millionen ermordeten Juden läßt sich nicht aufrechterhalten. Veröffentlichung der Anklage- und Verteidigungsschriften und vieler Leserzuschriften 5,50 DM

Folge 29 (Neu) **Wozu heute noch deutsche Sprache?** von Henning Fikentscher 2,— DM

Folge 30 (Neu) **Demokratie — ein Aberglaube** von Wilhelm Christiansen
1. Teil: Die Anklage 2,— DM

Folge 31 **„Staatsfeinde und andere Deutsche ....!"** von Martin Voigt

2.– DM

ALLEN WIDERSTAND DEN WIDERSTANDSLOSEN

von Gerd Schmalbrock

Eine Biographie über Prof. Dr. Berthold Rubin, Köln, den sonderbarsten Protestmann in unserer Zeit. Seine mutigen Taten fanden in Deutschland viel zu wenig Beachtung 4,50 DM

Buchankündigung aus dem KRITIK-Verlag

„DER KAMPF UM DIE WELTMACHT" von Georg Knüpfer. Eine Übersetzung aus dem Englischen schildert die Steuerung der Revolutionen und Konter-Revolutionen durch das internationale Großkapital. G. Knüpfer ist der Staatssekretär der zaristischen Exilregierung in London. Das Buch wird etwa 300 Seiten haben und voraussichtlich in drei Folgen der KRITIK-Schriftenreihe erscheinen. Subskriptionspreis der ersten Folge 10.–DM.



KRITIK-Verlag gibt der schweigenden Mehrheit das Wort



FREIHEIT FÜR ANGOLA ....!

(= Die Leute sind jung, kritisch, bewußt und modern !)

FREIHEIT FÜR DEUTSCHLAND ....!

(= Die Leute sind alt, reaktionär und rechtsradikal !)

Wer fällt auf diese billigen Tricks eigentlich noch herein ?

UN – 463 BOCHUM–LINDEN, POSTFACH

Probeexemplar gegen 1,—DM in Briefmarken